

Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge.

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. phil. h. c. h. Dr. phil.
Druck u. Verlagsgesellschaft m. b. H.
Auer, Erzgebirge
Tageblatt Erzgebirge
Jahrespreis 12.00 Mk.

Abonnement: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 3.50 Mk. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 3.40 Mk. Bei der Post bezahlt und selbst abgeholt vierteljährlich 10.50 Mk., monatlich 3.50 Mk. Durch den Briefträger frei ins Haus vierteljährlich 11.40 Mk., monatlich 3.80 Mk. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. In den Zeitungsanträgen und Ausgabebefehlen, sowie alle Postanfragen und Briefträger nehmen Bezeichnungen entgegen.

Anzeigenpreise: Die Belegspaltenweise Zeilenlänge oder deren Raum für Anzeigen aus Auer und dem Bezirk Schwarzenberg 70 Pfg., auswendige Anzeigen 80 Pfg., Reklamspaltenweise für Auer und den Bezirk Schwarzenberg 100 Pfg., sonst 120 Pfg. Bei größeren Abzählungen entsprechende Rabatte. Anzeigenannahme bis spätestens 9 Uhr vorm. für Schluß im Geb. kann Gemälde nicht geliefert werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuscript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 113

Mittwoch, den 19. Mai 1920

15. Jahrgang

Das Neueste vom Tage.

Die deutsche Regierung hat in einer Note an die Alliierten die Tragung der Kosten für die militärische Weisung Straßburgs abgelehnt.

Poincaré übermittelte Millerand sein Rücktrittsgesuch als Mitglied der Wiedergutmachungskommission.

Millerand wird im Finanzausschuß und im Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten am Sonnabend über die Berechnung von Olythe Bericht erstatten.

Wie Journal mitteilt, glaubt der Untersuchungsrichter auf Grund der beschlagnahmten Papiere eine revolutionäre Organisation zur Errichtung einer Sowjetrepublik in Frankreich entdeckt zu haben.

Reichseinheit.

Von Professor Dr. Wehrle,
Mitglied der Nationalversammlung.

Das Thema Reichseinheit interessiert angesichts der bevorstehenden Wahlen ganz besonders. Wir geben mit nachstehenden Ausführungen dem bekannnten bayerischen Gelehrten, der als Politiker an der Schaffung der Verfassung hervorragend beteiligt war, das Wort.

Der Gewaltstreich von Versailles hat Übergewalt Deutsche aus dem Schoße des Vaterlandes verbannt. Darum steht das Gebot der Reichseinheit heute am höchsten. Es erfordert eine geschlossene Front nach außen und nach innen. Eines ist durch das andere nicht zu erreichen. Es hat unmittelbar nach der Revolution unmittelbar vor dem Friedensschluß und als Folge der Märzereignisse dieses Jahres Augenblicke gegeben, in denen die Gefahr der Reichserbitterung, das heißt der Entfremdung unserer westlichen Feinde, nahegeklüfft schien. Sie darf heute als überwunden gelten. Die Forderungen des Auslandes werden an dem Nationalwillen der Deutschen, der sich aus Unterdrückung und Not erhebt, zerfallen. Für die innere Front aber sollte vermieden werden, berechnete Selbstverständlichkeiten Deutschen mit leichtfertigen Kostrennungspänen zu vermengen und so die politische Atmosphäre zu vergiften. Wir alle erhoffen von der Zukunft die Wiedervereinigung aller Deutschen nach freiem Selbstbestimmungsrecht in einem gemeinsamen Vaterlande. Wir alle reichen den deutschen Völkern Oesterreichs die Hand und werden den Tag grüßen, an dem ihre gerechte Forderung nach Wiedervereinigung sich nicht mehr am Starrsinn unserer Gegner bricht. Zu alledem ist eine Bedingung: das deutsche Volk muß wirklich einig in seinen Stimmen sein und von dem Willen besetzt sein, sein demokratisches Reich im Geiste der Freiheit und Gerechtigkeit zu erneuern. Wir wollen unseren getrennten Brüdern und der ganzen Welt das Beispiel vorleben, daß die Entfesselung aller aufbauenden Kräfte immer mehr in dem einen politischen Grundgedanken zusammenfließen: Reichseinheit!

Da gilt es Hemmnisse aus dem Weg zu räumen und alles zu befördern, was dem hohen Ziel der Einheit dienen kann. Unsere Innenpolitik darf sich nicht von Machtinstinkten leiten lassen. Es bedeutet eine gewaltige Aufgabe, in der furchtbaren Not unseres Volkes, dessen Seele nervös zerrissen ist, ein freies, glückbringendes, einig Reich aus den Trümmern zu schaffen. An die Reichsregierung werden die höchsten Anforderungen gestellt. Ueber die Kritik des Unverstandes und des bösen Willens wird sie hinweggehen müssen. Sie selbst aber muß sich vor Weirregerei hüten und nicht in den alten Fehler verfallen, in übertriebenem Zentralismus alles von oben her reglementieren zu wollen. Echte Demokratie muß von unten aufgebaut werden. Das neue Reich kann nicht mit Machtgeboten allein regiert werden. Ja, selbst die nötige Machtgeltung und Autorität der Reichsleitung kann nur langsam wachsen. Nicht befruchtet dies Wachstum mehr als weise politische Mäßigung in der Handhabung der Zentralgewalt. Vom grünen Tisch aus wird der Radius der eigenen Macht leicht überschätzt, werden echte und berechnete Volksabstimmungen nicht immer anerkannt. Reichseinheit heißt nicht skrankenloser Einheitsstaat. Gewiß, durch den Zusammenbruch des Alten sind manche Kraftquellen des Reiches verschlossen worden, denen allzulange geschichtliche Hemmnisse das natürliche Weltversperren hatten. Besonnene Kenner der politischen Lebensbedingungen Deutschlands und seiner Stämme sollten heute darin einig gehen, daß weder ein uferloses noch ein bemäntelter Einheitsstaat möglich ist, sondern nur eine bundesstaatliche Demokratie, die auch den Schein gewalttätiger Unterdrückung der Reichsglieder vermeidet.

Was fördert darum die Reichseinheit? Eine Führung der Reichsgeschichte, die realpolitisch zu Werke geht und nicht eine Theorie der Schablonen unter Ueberpannung und Ueberhöhung der Zentralmacht durchdrücken will. Ein wohlverwogener Ausgleich zwischen Reich und Gliedern, der den Reichtum des Stamms und den Wert der Länderstaatlichkeit geltend macht. Eine wahre Demokratie, die den Geist der Gleich-

berechtigung nicht nur gegenüber dem Individuum, sondern auch gegenüber den lebensvoll durch die Stürme der Zeit hindurchgeretteten Verbänden wahren läßt. Aufrichtige Kooperationsarbeit der großen Parteien, auf deren Schultern das Reiches Last und Zukunft ruht. Aufrichtig muß diese Arbeit sein, das will sagen, nicht der Kalkül des Parteintagens und des taktischen Kompromisses, sondern vertrauensvolle Hand-in-Hand-Arbeit zum Wohle des Ganzen muß ihr Leitstern sein. In dieser Hinsicht hat die oft geschmähte Nationalversammlung und ihr Koalitionskabinett in vielfachem Belang vorbildliche Arbeit geleistet, die im Geiste der Revolutionen und unter der Entfaltung der Oppositionspresse heute noch lange nicht überall erkannt ist. Die vorzüglichste Aufgabe aber ist die Beiderordnung der wirtschaftlichen und sittlichen Gesundung unseres ganzen Volkstums. Arbeit der Führer und Arbeit der Presse muß zusammenwirken, daß der neue Staatsgedanke einwurzelt, daß Tausende die politische Freiheit ergreifen, die ihnen die Bekämpfung gewährleistet und daß die Reichsfreudigkeit überhand nehme. Nur zwei Schranken bestehen: Bekämpfung des Verbrechertums und jeder unsozialen Einstellung einerseits, entschlossene Abwehr aller utopischen Pläne, die in soch aufgeregten Zeiten gleichermäßen schwarzgeistige Prophezeien und erhörte Massen hinjureißten drohen. Die Wahlen stehen vor der Tür. Fast sind sie noch wichtiger als die ersten Wahlen zur Nationalversammlung. Vom Ausgang dieser Wahlen darf erhofft werden, daß er einen großen Schritt zur Wiederherstellung des inneren Gleichgewichts bedeuten werde. Diese Neuwahlen sind eine hochbedeutende Probe der deutschen Demokratie. Möchten sie Wege weisen zu innerem Frieden, zum Heil unseres geliebten Vaterlandes!

Um die deutschen Milliarden.

Die französischen Forderungen in Olythe.

Der *Matin* schreibt: Seit der Konferenz von Olythe gibt es bei den Verbündeten ein Finanzsystem. Die Engländer schlagen als deutsche Zahlung bekanntlich die Summe von 100 Milliarden in Gold ohne Zinsen, zahlbar in 30 Jahresraten, vor. Es wurden uns 55 Milliarden zugesprochen, aber 55 Milliarden in 30 Jahren ohne Zinsen ergeben, wenn man sie heute eskontieren würde, nur ungefähr 28 Milliarden. Die französische Delegation erklärte, daß die Vorschläge nicht annehmbar seien, und der erste Tag der Konferenz brachte nur Unsicherheit. Am nächsten Tage unterbreitete Millerand Gegenanträge, die eine Summe von 120 Milliarden in Gold mit Zinsen vorzuschlagen Frankreich soll von diesen 120 Milliarden 66 Milliarden, also 55 Prozent, erhalten; denn die Kriegsschäden in den zerstörten französischen Departements erreichen die Summe von 152 Milliarden und das Kapital, das für die französischen Pensionen notwendig ist, wird mit 58 Milliarden beziffert. Folglich müßte die Summe über unsere Wiedergutmachung 210 Milliarden betragen. Die englische Delegation erkannte die Berechtigung unserer Forderungen an und überließ es den Sachverständigen, sie zu präzisieren. Der *Matin* berichtet weiter: Die englische Regierung hatte zur Erleichterung der deutschen Anleihe vorgeschlagen, man solle sich jeder gleichartigen Anleihe während eines Zeitraum von fünf Jahren enthalten. Die französische Delegation, die auf das Vorrat, das sie verlangte, verzichtete, schlug ein anderes System vor und ersuchte England, die Abzahlung des Guthabens, das es in Frankreich besitzt, ungefähr 30 Milliarden, den Zahlungen unterzuordnen, die Deutschland an Frankreich leisten würde. England hat diese Anregung gänzlich angenommen, aber keine endgültige Antwort gegeben, da es die Forderung seiner Gläubiger, der Vereinigten Staaten, erst kennen lernen will.

Die englische Presse über Olythe.

Daily Chronicle schreibt zu dem Ergebnis der Konferenz in Olythe: Die leitenden Staatsmänner haben sich über einen vorläufigen Plan geeinigt, durch den zwischen den deutschen und den alliierten Schülern eine Verbindung hergestellt wird. Die Last dieser Kombination fällt in erster Linie auf England. Aber vom Standpunkte der Billigkeit und Klugheit läßt sich viel für den Plan sagen. — Die *Westminster Gazette* bedauert das Fernbleiben Amerikas. — *Daily News* stimmt der gegenseitigen Schuldvergebung von ganzem Herzen zu. — Nur *Evening News* fragt, ob es in der Ordnung sei, daß England bei seiner jetzigen Finanzlage zugemutet werde, unter Umständen einen großen Betrag abzuschreiben.

Keine Bezahlung der Streiktage.

Der Reichsrat beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung mit dem Entwurf über die Entschädigung der Arbeitnehmer für Verluste an Arbeitseinkommen aus Anlaß des Generalstreiks. Der Berichterstatter führte alle Momente an, die im Ausschuß für und gegen die Vorlage vorgebracht worden waren, ob z. B. auch diejenigen Streikenden eine Entschädigung erhalten sollten, die durch den Streik gegen die Regierung gearbeitet hätten, ob die Arbeiter der lebenswichtigen Betriebe, die durch den Streik die Allgemeinheit schwer gefährdet hätten, entschädigt werden sollten, und ob nicht auch

Arbeitgeber zu entschädigen seien, die zum Teil durch Stilllegung ihrer Betriebe außerordentlich großen Schaden erlitten hätten. Die Mehrheit des Ausschusses sei der Ueberzeugung gewesen, daß diese Materie nicht in der vereinfachten Form der Gesetzgebung im Verordnungswege erledigt werden könne und habe deshalb die Verordnung abgelehnt.

Reichsminister Dr. David erklärte, daß der Weg über die Nationalversammlung nicht mehr gangbar sei, es sei ganz unmöglich, diese Vorlagen auf gesetzgeberischem Wege noch unter Dach und Fach zu bringen. Die Ablehnung auf dem Wege der Verordnung bedeute das Fallen der Vorlage, was er namens der Regierung sehr bedauern würde. In der Abstimmung wurde die Vorlage mit 39 gegen 15 Stimmen abgelehnt, nachdem ein Vertreter Preußens erklärt hatte, daß der Reichsrat zu einer materiellen Prüfung der Vorlage im Wege der Gesetzgebung bereit sei.

Die Not der steigenden Valuta.

W. W. Früher hieß es der sinkende Wert des deutschen Geldes verteuert die Rohstoffe und damit die wichtigsten Gebrauchsgüter. Man hoffte, daß unsere Valuta doch recht bald wieder steigen möchte, damit es uns besser gehe. Jetzt ist die Valuta gestiegen und steigt immer weiter, aber die wirtschaftliche Entwicklung geht nicht bergan. Die Kursentwicklung der deutschen Mark seit Januar dieses Jahres wird durch folgende Riffern gekennzeichnet:

Der holländische Gulden kostete an der Berliner Börse:	
am 6. Januar 1920	18.58 Mk.
am 27. Januar 1920	42.00 Mk.
am 10. Mai 1920	18.63 Mk.

Der deutsche Markkurs hat also in 15 Wochen das wieder eingeholt, was er im frühesten Teil der Zeit, in drei Wochen, zu Beginn dieses Jahres verloren hatte. Nun hat sich in der Volkswirtschaft der Satz als richtig erwiesen, nur so früher nur auf einzelne Betriebe anzuwenden zu können glaubte, nämlich, daß die Preise für fertige Waren um einige Monate hinter den Schwankungen der Rohstoffpreise nachhinken. Die durch den Tiefstand des Markkurses Ende Januar bedingte Verteuerung ausländischer Rohstoffe kam auf den Markt der fertigen Erzeugnisse erst im Laufe des April voll zur Wirkung. In Erwartung eines weiteren Sinkens oder doch eines fortdauernden Tiefstandes des Markkurses haben die Rohstoffimporteure und Fabrikanten fortlaufend beträchtliche Mengen teurer Rohstoffe gekauft, die noch jetzt nicht vollständig verarbeitet sind. In noch viel größerem Umfang liegen aber die daraus gewonnenen fertigen Erzeugnisse in den Lagerräumen der Händler und Fabrikanten. Der inländische Verbraucher, dem es schließlich einleuchtet, daß der Kurs der deutschen Mark die Preise verteuert, erwartet nun beim Steigen des Markkurses ein schnelles, erhebliches Sinken der Preise und kauft nur das Allernotwendigste. Die hohen Rohstoffpreise und die inzwischen gewaltig gestiegenen Löhne und anderen Produktionskosten haben die Erzeugnisse der deutschen Industrie auf einen noch nie dagewesenen Grad verteuert. Das Inland kauft nicht, weil es einen Preissturz erwartet; das Ausland kauft nicht weil der deutsche Markkurs inzwischen solche Höhe erreicht hat, daß die Waren-Spekulanten draußen an unseren Exportgütern nicht mehr genug verdienen. So ist fast mit einem Schlag der Inlands- und Auslandsabsatz zum Stehen gekommen. Was wird die Folge davon sein?

Die oft aus ganz anderen Verufen in den Handel eingedrungene Gelegenheits-Kaufleute, Schieber, Wucherer und Kettenhändler, die sich meist bis zur Grenze ihres Vermögens mit Waren vollgeladen haben, können eine Unverkäuflichkeit ihrer Vorräte wahrscheinlich nur kurze Zeit ertragen. Um ihre laufenden Verpflichtungen zu erfüllen, werden sie ihre Waren — nötigenfalls auch zu Verlustpreisen — abstoßen müssen. In diesen Strudel würde dann auch der solide Kaufmann und der direkt verkaufende Fabrikant hineingerissen werden. Die Preise würden dann allerdings sinken, aber zahlreiche Betriebe würden die Produktion einschränken und Arbeitskräfte entlassen. Selbst wenn die Löhne nicht schneller sinken sollten als die Preise, würden den Massen Erwerbsloser die billigeren Waren genau so unerreichbar sein wie früher die teuren. Das Reich würde eingreifen, die Erwerbslosen unterstützen und neue Verbraucherschulden übernehmen müssen. Damit würde das Steigen des deutschen Markkurses — das übrigens genau so unberechtigt ist wie vor vier Monaten der jähe und tiefe Sturz — aufhören und die Schaukel würde nach der entgegengesetzten Richtung schwingen. Und so wird es weiter gehen, bis es endlich gelingt, den deutschen Markkurs auf einer ertäglichen Höhe ungefähr stabil zu halten. Das wird erst eintreten, wenn wir den spekulativen Nachgeschäften inländischer und ausländischer Gewinnler die einzige ausgleichende Kraft entgegenstellen, die uns zu Gebote steht: Steigerung der Arbeitsleistung vornehmlich auf den Gebieten der Urproduktion: Landwirtschaft und Bergbau, durch Ueberführung industrieller Arbeitsloser auf das Land und in die Gruben-Distrikte.